

„Da sich die Kirche für reale, nicht fiktive Arme einsetzt, da sie für wirklich Ausgebeutete und Unterdrückte eintritt, lebt sie in einer politischen Welt und verwirklicht sich als Kirche auch im politischen Bereich.“

Ein Zitat von Erzbischof Oscar Arnulfo Romero vom 2. Februar 1980, ein Monat bevor er während einer Messe gewaltsam aus dem Leben gerissen wurde. Der Todesschuss wurde von dem in der USA ausgebildeten Major, Roberto D'Aubuisson Arrieta, befohlen.



ChristInnen für den Sozialismus
Regiogruppe Darmstadt-Odenwald

Für den Frieden – an unsere Nächsten!

100 Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkrieges und 69 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erinnern wir uns in diesen Tagen an die Schrecken des Krieges und das unermessliche Leid seiner Opfer. Mit Sorge sehen wir die geopolitische Instrumentalisierung der Ukraine, die Mobilisierung der Streitkräfte an den Grenzen, die wechselseitigen Sanktionierungen und die Isolierung Russlands durch den Westen. Wir denken zurück an die Kolonialinteressen des wilhelminischen Deutschlands, an die Interessen der Großmächte, ihre Dominanz aufrecht zu erhalten und an die Großmachtinteressen an Serbien vor Beginn des Ersten Weltkrieges.

Wir, als ChristInnen für den Sozialismus, erinnern uns aber auch an unsere eigene Geschichte: An die unrechtmäßigen us-amerikanischen Interventionen in nach dem Völkerrecht souveränen lateinamerikanischen Staaten wie Chile 1973, wo die demokratisch gewählte sozialistische Regierung um Salvador Allende gewaltsam gestürzt wurde. Auch aus Solidarität mit den Opfern – unseren chilenischen Schwestern und Brüdern – gründeten wir uns in Deutschland und anderen europäischen Ländern. TheologInnen in unseren Reihen wie Dorothee Sölle entwickelten fortan eine Theologie für die Schwachen, die Ausgegrenzten und die „Loser“ wie ihn – unseren gekreuzigten Gott.

Wie wären wir wohl ausgeschrien worden, hätten wir vor einem Jahr aus Nächstenliebe und humaner Verantwortung einen Kapitaltransfer zugunsten der bitterarmen Ukraine in der Höhe von 11 Mrd. Euro gefordert. Es ist in den westlichen Staaten viel über die Souveränität von Staaten die Rede. Was aber ist mit der Souveränität von Menschen? Sie sind doch das Ebenbild Gottes – und nicht die Staaten! **Unter Berücksichtigung der zuvor genannten geschichtlichen Erfahrungen können wir die ethischen und rechtlichen Argumente der Politiker nur als Kommunikationsstrategien deuten, welche verwendet werden, um die**

wahren macht- und wirtschaftspolitischen, also materiellen, Interessen an der Ukraine zu verschleiern.

Für die Großmächte ist die Ukraine mit ihrem Zugang zum Schwarzen Meer und ihrer Lage an Grenzen zu NATO-Staaten und Russland militärstrategisch wichtig. Ökonomisch lockt die Ukraine mit ihren gut ausgebildeten jungen Menschen und niedrigen Löhnen. Sie „empfiehlt“ sich so der EU als „billige Werkbank Europas“ und als Absatzmarkt für Produkte, die für den europäischen Markt nicht gut genug sind.

Aber auch in der Ukraine ist, was „der Geist der Zeiten heißt, nur der Herren eigener Geist, in dem die Zeiten sich bespiegeln“ (Goethes Faust). Fakt ist: Die prowestliche Politik in der Ukraine wird nach wie vor von den reichen Oligarchen diktiert, um deren Gunst der Bundesaußenminister, Frank Walter Steinmeier, zurzeit wirbt, wobei er auch nicht davor zurückschreckt mit den auf der Straße gewalttätig dominanten und in der Regierung vertretenen Faschisten zu paktieren. Von dem Rüstungsunternehmer, Milliardär und Präsidentschaftskandidat, Petro Poroschenko, dem die größten Erfolgsaussichten bei den Wahlen prognostiziert werden, haben die armen und notleidenden Menschen in der Ukraine nichts zu erwarten. Schon heute zwingt der IWF den Ukrainerinnen seine Spardiktate auf, um einen Staatsbankrott abzuwenden, der auch die Folge von zu billigen Privatisierungen, zu großzügigen staatlichen Aufträgen und Bürgschaften war, mit deren Hilfe die Oligarchen nach der Wende zu ihrem Kapital kamen, das sie nun in westlichen Offshores „verbergen“. Ihre umfangreiche propagandistische Unterstützung der „europäischen Wahl“ ist so nichts anderes als der Versuch, den Sozialabbau zugunsten der Oligarchen und zulasten der Armen hinter dem positiven Image der EU und ihrer Normen vor den Ukrainerinnen zu verstecken.

Wir fordern Sie deshalb auf: Ergreifen Sie Partei für die Armen in der Ukraine und für den Frieden in der Welt! Bei der Europawahl deshalb keine Stimme an imperialistische Kräfte!

„Du. Mann an der Maschine und Mann in der Werkstatt. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keine Wasserrohre und keine Kochtöpfe mehr machen – sondern Stahlhelme und Maschinengewehre, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!“

Wolfgang Borchert

